



Mein Magazin Wer regiert – Politiker oder Experten?

Spätestens seit der Corona-Krise ist klar: Die Politik verlässt sich bei ihren Entscheidungen immer öfter auf Expertenrat. Klingt vernünftig. Aber läuft das nicht auf eine Entmündigung der gewählten Volksvertreter hinaus? Das ist eines der Themen unserer Wochenendbeilage. Außerdem: Schön weich – ein Hoch auf die Fleecejacke.

Lernen, abzuschalten

Die Kinder-Welt wird zunehmend digital – in der Pandemie noch mehr als zuvor. Jan Kalbitzer, Experte für Stress, erklärt, ob es legitim ist, die Kleinen im Homeoffice-Alltag zur Not mal vor einem Bildschirm zu parken – und wie man Kinder lehrt, abzuschalten.

► Panorama
Seite 7



Foto: imago/egozitz/Bengoetwa

Kommentar Perspektive?

Die Politik gegen das Virus wirkt kurzatmig – und muss es auch sein.

VON KLAUS KÖSTER

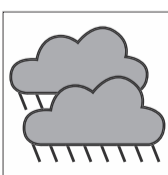
Seit fast drei Monaten befindet sich das Land im Lockdown, und bei der Bekämpfung des Virus scheint es nur eine Richtung zu geben – die der Verschärfung. Wie hilfreich wäre da eine Perspektive, die nun von der Wirtschaft ebenso gefordert wird wie von verzweifelten Eltern.

Doch wie könnte eine realistische Langzeitstrategie aussehen, die das Virus mit all seinen Volten verlässlich in Schach hält? Die Erfahrungen mit den Schließungen und den darauffolgenden Infektionszahlen zeigen, wie schwer die Wirkung von Eingriffen selbst auf kurze Sicht abzuschätzen ist. Fundamentale Veränderungen wie das Auftauchen von Mutationen lassen sich in einer Strategie erst recht nicht berücksichtigen, können aber alles über den Haufen werfen. Dies vor allem dann, wenn man sich allzu sehr auf einen Masterplan verlässt. Schon deshalb ist es gut, dass es einen solchen nicht gibt.

Gefragt ist jetzt kurzfristiges Denken, das verhindert, dass man durch selbstgefällige Verzögerung, wie sie im Spätherbst verbreitet war, in einen Rückstand gerät, dem man monatelang hinterherläuft. Natürlich stünde das Land viel besser da, hätte es langfristige Vorsorge betrieben – durch einen großen Vorrat an Schutz-ausrüstung oder durch die überfälligen Investitionen in digitale Technologien, die heute anderswo segensreiche Wirkungen gegen Corona entfalten. Aber der Ausbau des Internets wird in dieser Situation kein einziges Leben retten können. Die beste Perspektive bietet derzeit eine Politik, die kurzfristig, entschlossen und mit Augenmaß der Ausbreitung entgegentritt. Denn solange das Virus weiter grassiert, ist an Perspektiven, wie sie sich wohl jeder wünscht, nicht zu denken.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de

Wetter



Mittags 8°
Nachts 2°

Wenig Sonnenschein,
von Westen her Regen

► Seite 24

Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61 61



Land will Suche nach Corona-Mutationen ausweiten

Exklusiv Die Regierung will möglichst alle positiven Tests genauer untersuchen lassen und plant dafür Ausgaben von bis zu 12,5 Millionen Euro. Außerdem sind härtere Quarantäne-Regeln denkbar.

VON ANNIKA GRAH
UND LISA WELZHOFFER

STUTTGART. Die Landesregierung will die Suche nach Corona-Mutationen über die Bestrebungen der Bundesregierung hinaus verschärfen. Berlin plant die Kostenübernahme für die Untersuchung von bis zu zehn Prozent der positiven Corona-Tests. Im Land hingegen sollen Labore möglichst alle positiven Tests auf die bekannten Mutationen untersuchen. Das geht aus einer Kabinettsvorlage hervor, die unserer Zeitung vorliegt.

Darüber hinaus soll die Rate der Vollsequenzierung, mit deren Hilfe auch neue Mutationen aufgespürt werden können, gesteigert werden. „Es geht dabei vor allem um zwei Punkte. Erstens um eine Kontrolle darüber, wo und wie sich bereits bekannte Mutationen verbreiten“, sagte Sozialminister Manfred Lucha (Grüne). „Zweitens wollen wir schnell und effektiv nachweisen, ob sich noch unbekannte Mutationen entwickeln.“

Das Land will die Kosten für die Untersuchungen tragen. Bis Ende Juli sollen dafür bis zu 12,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. „Ziel ist vor allem, die Verbreitung der stärker ansteckenden Virusvarianten im Keim zu ersticken und solchen Fällen oberste Priorität

„Es geht um eine Kontrolle darüber, wo und wie sich bereits bekannte Mutationen verbreiten.“

Manfred Lucha,
Sozialminister im
Südwesten

Foto: Lichtgut/Christoph Schmidt



Droht „Bugwelle“ erschöpfter Frauen?

Laut Müttergenesungswerk werden notwendige Kuren nicht angetreten.

STUTTGART/BERLIN. Weil vor allem Mütter derzeit Kuren absagen, warnt das Müttergenesungswerk vor einer möglichen „Bugwelle“ erschöpfter Frauen. Die Kliniken für sogenannte Mutter-Kind-Kuren erleben derzeit, dass viele Aufenthalte verschoben würden, vor allem aus Angst vor Ansteckung ihrer Familien, sagte Geschäftsführerin Anne Schilling unserer Zeitung. Sie hält diese Entwicklung für problematisch: „Frauen stellen mal wieder ihre eigene Gesundheit zurück, dabei tragen sie gerade jetzt einen Großteil der Mehrfachbelastungen, die durch die Einschränkungen der Pandemie entstehen. Aus den Kliniken hören wir, dass die Frauen, die derzeit kommen, noch erschöpfter sind als in normalen Zeiten.“

Schilling rät deshalb dazu, vor Absagen auf die eigenen Bedürfnisse zu hören. Die Kliniken hielten alle strenge Hygiene- und Abstandsregeln ein, viele arbeiteten außerdem mit Schnelltests. (wel)
► Seite 3

Kinderkrankentage: Selbstständige verärgert

Südwest-Verband hält Regelung für skandalös.

VON LISA WELZHOFFER

BERLIN/STUTTGART. Dass nur gesetzlich Krankenversicherte Anspruch auf zusätzliche Kinderkrankentage bekommen haben, hält der Bund der Selbstständigen Baden-Württemberg (BDS-BW) für „skandalös“. Dadurch würden viele selbstständig tätige Eltern „einseitig benachteiligt“, sagte BDS-Präsident Günther Hieber unserer Zeitung. Denn nur rund 60 Prozent von ihnen seien gesetzlich krankenversichert oder hätten einen entsprechenden Zusatztarif abgeschlossen. Hieber betonte: „Die zusätzliche Hilfe wird nicht aus Versicherungsbeiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert. Also finanzieren alle Familien als Steuerzahler diese Leistung mit.“

Der Bund hatte die Anzahl der Kinderkrankentage kürzlich verdoppelt: Elternteile, die bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, können im Jahr 2021 je gesetzlich krankenversichertem Kind 20 statt zehn Arbeitstage Kinderkrankengeld bean-

tragen. Bei mehreren Kindern hat jeder Elternteil insgesamt einen Anspruch auf maximal 45 Arbeitstage.

Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch um 20 auf 40 Arbeitstage pro Kind. Bei mehreren Kindern haben Alleinerziehende insgesamt einen Anspruch auf maximal 90 Arbeitstage. Diese können bei behördlich geschlossenen Kitas und Schulen genommen werden.

Besonders ärgert Hieber, dass neben Arbeitern und gesetzlich versicherten Angestellten auch privatversicherte Beamte von der Neuregelung profitierten. „Denn für diese konnte eine großzügige Ausnahmeregelung getroffen werden.“ Dass nicht gesetzlich Versicherten stattdessen von einer Lohnentschädigung profitieren können, die das Infektionsschutzgesetz regelt, hält er für unzureichend. Denn diese betrage nur 67 Prozent des Nettoeinkommens und nicht 90 Prozent wie im Fall von Kinderkrankentagen. Außerdem seien die Hürden diese zu bekommen hoch.

► Kommentar
Seite 4

Aktion Weihnachten mit Spendenrekord

Bei der Jubiläumskampagne wird die 400 000 Euro-Marke überschritten.

STUTTGART. Freude über einen Spendenrekord in Krisen-Zeiten: Exakt 416 337,85 Euro sind bis Freitag bei der Aktion Weihnachten, der Benefizaktion unserer Zeitung für bedürftige Menschen, eingegangen. Damit wurde erstmals seit Gründung der Aktion Weihnachten 1971 die 400 000 Euro-Marke überschritten. 3137 Spenderrinnen und Spender haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Dafür herzlichen Dank!

Den Schwerpunkt ihrer Hilfe legt die Aktion Weihnachten aktuell auf Kinder und Jugendliche, die durch die Corona-Zeit besonders belastet sind. Gefördert werden unter anderem das Projekt „Digital for all kids“, das Lernräume in Sozial- und Flüchtlingsunterkünften ausstattet, ein Nachhilfeprojekt der Neuen Arbeit am Bildungszentrum Hallschlag in Stuttgart und eine Initiative der Stuttgarter Helene-Schoettle-Schule für Kinder mit geistiger Behinderung. Die jährliche Spendenkampagne fand bereits zum 50. Mal statt. (jse)

► Stuttgart und Region Seite 22

Hotel Sonnenhof in Finanznot

GROßASPACH. Die Aspacher Event und Gastronomie GmbH, eine Betreibergesellschaft des Erlebnishotels Sonnenhof im Rems-Murr-Kreis, hat Insolvenz angemeldet. Bekannt ist das Hotel durch die Heimspiele der Schlagersängerin Andrea Berg.

Das Hotel in Kleinaspach wird von der Familie ihres Mannes Uli Ferber betrieben. Dieser betont gegenüber unserer Zeitung, dass die anderen im Sonnenhof ansässigen Firmen nicht betroffen seien. Familie Ferber arbeitet nun an einem neuen Konzept. (jse)
► Stuttgart und Region Seite 25

Rülke will Superminister werden

STUTTGART. Der baden-württembergische FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke strebt im Falle einer Koalitionsregierung die Leitung eines Superministeriums an. Darin will er die Themenfelder Wirtschaft, Energie, Verkehr und Infrastruktur zusammenführen. „Sollte es ein solches Ministerium geben und der FDP zufallen, kann ich sagen: Ich wäre nicht abgeneigt“, sagte Rülke unserer Zeitung.

Die FDP kann sich nach der Landtagswahl am 14. März eine Dreierkoalition sowohl mit Grünen und SPD als auch mit CDU und SPD vorstellen. „Am Ende wird entscheiden, mit wem wir mehr von unseren politischen Inhalten umsetzen können“, betont Rülke. (pö)
► Landesnachrichten Seite 6